

GEISLINGER ZEITUNG

DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN GROSSRAUM GEISLINGEN

Mittwoch, 17. November 2021 · 2,20 €

Im Verbund der

SÜDWEST PRESSE

Stadt & Region



„Wir können ein Pilotprojekt schaffen“

Geislingen. In der künftigen Praxisklinik soll es 18 Kurzzeitpflegeplätze als Eigenbetrieb der Alb-Fils-Kliniken geben. So will es der Kreistag. Es bleiben allerdings noch Fragen offen. **Geislingen und Kreis Seite 9**

Projekt Jugend forscht bei der TG Geislingen

Geislingen. Die Handballer der TG Geislingen spielen in den Niederungen der Kreisliga A. Noch: Trainer Ralf Riethmüller will die Truppe zu höherklassigen Ufern führen. **Lokaler Sport Seite 17**

Alte A 8-Brücke über die B 466 wird erneuert

Mühlhausen. Die alte Autobahnbrücke über die B 466 bei Mühlhausen muss erneuert werden. Beim Spatenstich war aber der Albaufstieg das beherrschende Thema. **Alb und Fils Seite 15**

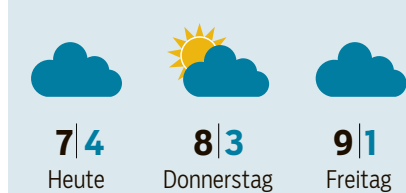


Gruppenfoto statt Spatenstich vor der maroden Autobahnbrücke.



Alle News zu jeder Zeit gibt es auf dem Nachrichtenportal **swp.de** und den sozialen Kanälen **Facebook** und **Instagram**. Der Südwesten auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

Das Wetter im Südwesten



So erreichen Sie uns:

Kleinanzeigen: 07331 202-22
gz.kleinanzeigen@swp.de
Abo-Service 07331 202-31
geislinger-zeitung.vertrieb@swp.de
Geschäftsanzeigen 07331 202-80
geislinger-zeitung.anzeigen@swp.de
Redaktion 07331 202-42
geislinger-zeitung.redaktion@swp.de
Zentrale 07331 202-0

73302 Geislingen / Steige,
Postfach 1254
Nummer 266 · 171. Jahrgang · E 3158



Eskalation an der Grenze

Mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Migranten: An der belarussisch-polnischen Grenze ist die Lage zeitweise eskaliert. Migranten warfen

Steine, es gab Verletzte. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Kritik ertete Kanzlerin Angela Merkel wegen eines Telefonats mit dem belarussischen

Machthaber Alexander Lukaschenko: Damit habe sie die dessen illegale Wahl legitimiert, monieren die Grünen. **Foto: L. Shcheglov/BEITA/AP/dpa**

Kommentar

Ulrich Becker
zu den Ergebnissen
des BaWü-Checks



Banale Wahrheit

Die Umfrageergebnisse des BaWü-Checks scheinen auf den ersten Blick trivial: Niemand bezahlt gerne mehr, und niemand trennt sich gern von Vertrautem. Höhere Energiepreise für den Klimaschutz, das Aus für den Verbrenner schon 2030? Dafür gibt es im Land keine Mehrheiten.

Doch was auf den ersten Blick banal wirkt, offenbart ein grundsätzliches Problem der Politik. In dem drängenden und richtigen Wunsch, die Welt vor der Klima-Katastrophe zu bewahren, vergessen die zukünftigen Ampelkoalitionäre, dass es nicht genügt, ein oftmals gutverdienendes Publikum von den eigenen Ansichten zu überzeugen. Die Weisheit mag überstrapaziert sein, falsch ist sie dennoch nicht: Man muss die Menschen mitnehmen und sie nicht ständig moralisch unter Druck setzen. Der Wandel hin zu einer ökologischen Gesellschaft muss nicht nur sinnvoll sein, er muss bezahlbar für alle bleiben und vielleicht sogar ein wenig Spaß machen.

Ob das in die moralinsaurer Welt einiger Überzeugungstäter in den Parteien passt, scheint angesichts etlicher Äußerungen fraglich. Doch anders lassen sich die Köpfe und vor allem die Herzen der Menschen nicht gewinnen.

Vertrag soll bald stehen

Ampel Die Parteien wollen nächste Woche ein Papier vorlegen.

Berlin. Die mögliche künftige Ampel-Koalition hält am Plan fest, kommende Woche einen Koalitionsvertrag vorzulegen. Das teilten die Generalsekretäre von SPD, Grünen und FDP in Berlin mit. Alle drei äußerten sich zufrieden mit dem Stand der Verhandlungen – auch die Grünen, aus deren Reihen zuletzt Kritik zur Klimapolitik gekommen war. „Ich bin mit vielen der erreichten Zwischenstände zufrieden“, sagte Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner. Es sei „noch manches dicke Brett zu bohren.“ Es gehe aber voran. **dpa**

Menschen im Land wollen Verbrennungsmotor behalten

Politik Nur 25 Prozent der Befragten sprechen sich in einer Umfrage für ein Ende von Benzinern und Diesel bis 2030 aus. Viele fürchten finanzielle Belastungen. **Von David Nau**

Die Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg ist gegen ein Ende des Verbrennungsmotors bis zum Jahr 2030. Das geht aus der neuesten Ausgabe des BaWü-Checks hervor, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. Demnach spricht sich mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) dagegen aus, dass ab 2030 keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb zugelassen werden. Dafür ist nur ein Viertel der Befragten.

Große Unterschiede gibt es bei der Bewertung des Verbrenner-Endes zwischen Land- und Stadtbewohnern: Während in den Großstädten nur 47 Prozent gegen ein Ende des Verbrennungsmotors sind, ist die Ablehnung auf dem Land deutlich höher: Fast zwei Drittel der Befragten (64 Prozent) sind dagegen.

Ein möglicher Grund für dieses Ergebnis könnte die Sorge der Menschen sein, dass sie durch Klimaschutzmaßnahmen stärker finanziell belastet

werden. Gut die Hälfte der Befragten rechnet damit, dass Maßnahmen zum Klimaschutz in den kommenden Jahren eine große finanzielle Belastung werden. Bei Menschen, die aktuell stark von Preissteigerungen betroffen sind, rechnen sogar 68 Prozent damit.

Und obwohl 55 Prozent der Befragten der Meinung sind, die neue Bundesregierung müsse sich besonders um den Umwelt- und Klimaschutz kümmern, ist der eigene



Geldbeutel wohl die Grenze: Mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) ist der Umfrage zufolge nicht bereit, für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu bezahlen. Nur gut jeder Vierte wäre bereit, für den Klimaschutz auch tiefer ins Portemonnaie zu greifen.

Das könnte auch damit zusammenhängen, dass sich die Mehrheit der Befragten durch die Preissteigerungen der vergangenen Monate stark oder sehr stark belastet fühlt.

Kommentar und Südwestumschau

Kretschmann fürchtet neuen Lockdown

Pandemie Die Alarmstufe gilt – doch schärfere Maßnahmen seien nicht auszuschließen.

Stuttgart. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) schließt angesichts der dramatischen Corona-Lage einen erneuten Lockdown nicht aus. Man habe das Stand heute nicht vor und halte an der 2G-Regel fest, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. „Ob wir nochmal in die Situationen kommen, dass wir noch weitergehen müssen,

hängt auch von den Auffrischungsimpfungen ab.“ Er hoffe nicht, dass es nochmal zu einer solchen Lage komme. „Aber ausschließen kann man wirklich nichts.“ Es könne sein, dass man die Größe von Veranstaltungen allgemein begrenze.

Das Land pocht daher mit Blick auf das Auslaufen der epidemischen Lage nationaler Tragweite auf eine andauernde

Rechtsgrundlage für Ausgangsbeschränkungen. Diese seien nach dem neuen Entwurf der „Ampel“ für das Infektionsschutzgesetz nicht mehr möglich, hieß es in Regierungskreisen. Auch Ausgangsbeschränkungen nur für Ungeimpfte seien demnach nicht mehr möglich. Ein Hauptziel des Landes bei der Ministerpräsidentenkonferenz am Donnerstag sei, eine

ausreichende Rechtsgrundlage zu erreichen. Das Auslaufen der epidemischen Lage komme zweifelsohne zu früh, kritisierte Kretschmann.

In Baden-Württemberg gilt von Mittwoch an die „Alarmstufe“ mit weitreichenden Einschränkungen für Ungeimpfte und 2G-Regeln im öffentlichen Leben. **dpa**

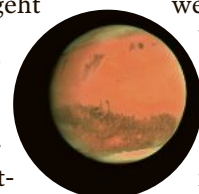
Südwestumschau

Houston..wir...kein....Problem

Die Menschheit dürstet nach Wissen über das Leben auf anderen Planeten. Wahrscheinlich werden wir darüber aber nie etwas erfahren. Zwar sind Hunderttausende bereit, ihr irdisches Leben an den Nagel zu hängen und ein Ticket zum Mars zu buchen, aber vorbereitende Isolationsexperimente haben gezeigt, dass sich die künftigen Raumfahrer so verhalten wie von den Eltern durch Beruf und Umzug getrennte Kinder. Erst rufen Letztere täglich an, dann einmal im Monat und irgendwann reißt der Kontakt ab.

Zum Mars braucht das Funksignal überdies etwa 20 Minuten. Das macht bei zweimal „Hallo“ schon fast eine Dreiviertelstunde. Da vergeht einem das Quasseln.

Und siehe da, die Marsianer in spe reden während der Experimentierphase mit der Basisstation immer lustloser, besprechen ihre Probleme nur noch untereinander, werden einander ähnlicher und somit zur selbstständigen Einheit. Geht es dann wirklich in die Ferne, bekommt das Wort



„Marsmenschen“ eine neue, nein, seine eigentliche Bedeutung. Und weil sich Menschen ja nicht grundsätzlich ändern, werden Science-Fiction-Fantasien zur Realität. Wie bei „Mars Attacks!“ werden die ins All Entsandten bald kindchend angefliegen kommen, erst die Willkommens-Friedenstaube erleben, dann uns. Und nichts werden sie uns vorher erzählen über das Leben auf dem Mars. So traurig kann Forschung manchmal sein. **André Bochow**

Österreich Kliniken bereiten Triage vor

Salzburg. Die Krankenhaus-Versorgung im österreichischen Bundesland Salzburg steht wegen der angespannten Corona-Lage auf der Kippe. Die Landeskliniken gaben am Dienstag bekannt, dass ein Triage-Team zusammengestellt werde, weil die Behandlung aller Patienten nach geltenden Standards bald nicht mehr garantiert werden könne. Triage bedeutet, dass Mediziner aufgrund von knappen Ressourcen entscheiden müssen, wem sie zuerst helfen. **dpa**

Afghanistan 130 Sklavinnen verkauft

Kundus. Die Taliban haben im Norden Afghanistans einen Mann unter dem Verdacht festgenommen, Dutzende Frauen als Sklavinnen verkauft zu haben. Der Mann habe vermutlich bis zu 130 Frauen mit dem Versprechen, ihnen einen wohlhabenden Ehemann zu vermitteln, geködert und dann in andere Provinzen verkauft. Die Taliban waren auch mit dem Versprechen an die Macht zurückgekehrt, für größere Sicherheit im Land zu sorgen. **afp**